was passiert wäre, hätte Kommandant Nagumo eine dritte Angriffswelle befohlen, aufgreift. Auch die Abschnitte zu japanischen Spionen auf Pearl Harbor, welche in vielen Werken zum Angriff nicht erwähnt werden, bereichern dieses Kapitel.

Die Schlussfolgerung zeigt die Folgen von Pearl Harbor und die Bedeutung dieses Angriffs für den Zweiten Weltkrieg im Allgemeinen sehr gut auf, allerdings hätte dieses Kapitel auf Kosten des Einführungskapitels durchaus etwas länger sein können und die Implikationen und Konsequenzen des Angriffs etwas genauer beleuchtet und analysiert werden können. Diesem letzten Hauptkapitel fehlt allgemein der rote Faden. Auch eine Einordnung in den Kontext des folgenden, fast vierjährigen Kriegs zwischen Japan und den Alliierten in Asien fehlt praktisch ganz. Dies wäre sehr begrüßenswert gewesen, steht doch die Bedeutung des Angriffs auf Pearl Harbor absolut ausser Frage. Auch wenn das Buch keine revolutionären Ergebnisse zutage fördert, ist diese kurze, gut lesbare Darstellung auf Deutsch doch sehr zu empfehlen.

Tamara Braun, Bern

Thomas Bürgisser, **Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle im Kalten Krieg. Schweizerische Perspektiven auf das sozialistische Jugoslawien, 1943–1991**, Bern: Diplomatische Dokumente der Schweiz, 2017 (Quaderni di Dodis 8), 640 Seiten, 48 Abbildungen.

Thomas Bürgisser präsentiert mit seiner Basler Dissertation eine gehaltvolle und exemplarische Studie zu den schweizerisch-jugoslawischen Beziehungen der Nachkriegsjahre und der Zeit des Kalten Krieges. Er füllt damit eine konkrete historiografische Lücke in der Geschichte der Schweizer Aussenbeziehungen und zeigt zugleich in vorbildlicher Weise, wie sich die schwierige Aufgabe der Erfassung und Untersuchung bilateraler Verhältnisse meistern lässt. Analoges ist in der alten Schule Bonjour beispielsweise von Adolf Lacher (1967) für Frankreich und die Jahre vor 1914 und in jüngerer Zeit für Deutschland nach 1945 von Therese Steffen Gerber (2002), Markus Schmitz (2003) und Antoine Fleury u. a. (2004) unternommen worden. Bürgisser erfüllt seine Aufgabe in klassischer Weise und mit erhöhtem wissenschaftlichen Anspruch. Das klassische Programm besteht darin, dass die politisch-humanitären, wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen, medialen und in diesem Fall besonders wichtigen migratorischen Dimensionen der Beziehungen erfasst werden. Das Bestreben, den gesteigerten Anforderungen an Wissenschaftlichkeit zu genügen, zeigt sich in der Berücksichtigung der kognitiven Prozesse, der Wahrnehmungsproblematik, die eben davon ausgeht, dass die Dinge nicht einfach sind, sondern auf Grund von Prädispositionen und entsprechenden imagologischen Zuschreibungen gesehen und empfunden werden.

Bürgisser hat einen enorm breit angelegten Quellenkorpus ausgewertet, der neben Primärakten aus zahlreichen Archiven auch Zeitungen und abgelegene Sekundärliteratur sowie Einschätzungen von Zeitzeugen umfasst. Die einzelnen Kapitel beeindrucken durch ihre Faktendichte, doch abgerundet werden sie jeweils mit Zwischenfazits, welche die Ergebnisse wieder auf die leitenden Fragen ausrichten. Diese gelten den wegleitenden

Vorstellungen einer schweizerisch-jugoslawischen Wahlverwandtschaft von entweder fast gleichartigen oder sich doch ergänzenden Sonderfällen, etwa hinsichtlich «Vielvölker-schaft», Selbstverwaltung, Föderalismus, Unabhängigkeitswillen, Abgrenzung gegen den «Osten», Ähnlichkeit zwischen Neutralität und Blockfreiheit und, wenn's sein musste, sogar in landschaftlicher Hinsicht. Dies und die sehr ausgeprägten Interessen der schweizerischen Wirtschaft an Jugoslawien liessen die beiden Länder bemerkenswert nahe erscheinen, obwohl beträchtliche Unterschiede besonders hinsichtlich der Qualität der Demokratie und des Wohlstandsniveaus vorlagen. In einer wechselwirkenden Dynamik könnten konkrete Interessenwahrnehmungen zwischen den beiden Ländern ein positives Bild genährt und dieses Bild wiederum weitere konkrete Realisierungen gefördert haben.

Die orientalistische Vorstellung, wonach der Balkan eine rückständige Region sei (sein müsse), spielte im Untersuchungszeitraum keine Rolle, sie war, sofern weiter vorhanden, überdeckt von anderen Imaginationen. In einem einleitenden Kapitel führt uns Bürgisser ins 19. Jahrhundert zurück und zeigt, dass es bereits damals verklärende Jugoslawienbilder gab. Ausgehend von den kritischen, ja feindseligen Bewertungen, mit denen jugoslawische Herkunft in der Schweiz der 1990er Jahre bedacht worden ist, ruft Bürgisser in Erinnerung, dass Jugoslawien aus schweizerischer Sicht jahrzehntelang eine ausgesprochen positive Wahrnehmung genossen hat. Der Imageverlust nach 1990 war derart radikal, dass sozusagen keine kollektiven Erinnerungen an das positive Balkanbild übriggeblieben sind.

Bürgisser ist es ein Anliegen, die grosse Diskrepanz zwischen den beiden Jugoslawienbildern zu zeigen: auf der einen Seite das uns aus den 1990er Jahren bekannte negative und auf der anderen Seite das völlig in Vergessenheit geratene positive Bild der Jahrzehnte zuvor. Indem er einleitend das positive Bild bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt, könnte er indirekt den Eindruck begünstigen, dass es in jener Zeit nicht auch negative Balkan-Stereotype gegeben hätte. Dank der auch von Bürgisser (S. 27) kurz angesprochenen Studie von Maria Todorova (erschienen 1997/99 und besprochen in der SZG 3/2000) wissen wir jedoch, wie sehr solche gerade damals virulent waren. Wenn in jüngerer Zeit die ex-jugoslawische Krisenregion in den Medien mit einem modernen Dampfkochtopf symbolisch gleichgesetzt worden ist, könnte dies eine unbewusste oder halb-bewusste Wiederaufnahme des alten Bildes des südwesteuropäischen Hexenkessels sein und wären die in den 1990er Jahren aufgekommenen Negativbewertungen ebenfalls eine Reaktivierung älterer Bestände. Dass auch in der Schönwetterphase die dunklen Bilder der primitiven Balkanmenschen abrufbar waren, zeigen die Urteile des schweizerischen Botschafters in Belgrad im Frühjahr 1973 über die Menschen, «die aus einer ganz anderen Welt stammen» (S. 554).

Wie es auch und gerade hochstehenden wissenschaftlichen Leistungen eigen ist, zeigt auch Bürgissers Arbeit auf, was weiter geklärt werden könnte oder müsste: Da steht im Vordergrund die Frage, wie die einzelnen Beziehungssektoren (Politik neben Wirtschaft neben Kultur und Sport) aufeinander gewirkt haben und in welchem Mass der

Bundesrat als zentrale Instanz dies koordinierte oder hätte koordinieren können. Und im Weiteren wären vergleichende Blicke auf die deutschen und österreichischen Beziehungen zu Jugoslawien erhellend und würden möglicherweise das scheinbar spezifisch Schweizerische an den registrierten Haltungen insbesondere in den Bereichen des Tourismus und der Arbeitsmigration etwas relativieren.

Georg Kreis, Basel

Virgine Frachebourd, *L'introduction de l'assurance invalidité en Suisse. Tensions au cœur de l'état social*, Lausanne: Éditions Antipodes, 2015, 214 Seiten.

Vor der Einführung der Invalidenversicherung (IV) 1960 war die Anzahl invalider Personen in der Schweiz nicht bekannt. Zwar hatten private Vereinigungen und gemeinnützige Organisationen bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zahlreiche Enqueten und Erhebungen durchgeführt, die allerdings lokal begrenzt waren oder auf Schätzungen beruhten. Dass wir auch heute noch nicht wissen, wie viele Menschen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts invalid waren, hat nicht nur mit dem Umstand zu tun, dass Invalidität schwer und historisch unterschiedlich definierbar ist. Vielmehr, und das zeigt die aus einer Masterarbeit hervorgegangene Studie von Virgine Frachebourd eindrücklich, ist das Fehlen von grossangelegten statistischen Untersuchungen ein Indiz für das eklatante Desinteresse der Bundespolitik und der eidgenössischen Behörden an den vielfach prekären Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen. Wer aufgrund eines Geburtsgebrechens, eines Unfalls oder einer Krankheit invalid geworden war und keiner Erwerbstätigkeit (mehr) nachgehen konnte, musste bis 1960 auf familiäre Hilfe, gemeinnützige Fürsorge oder öffentliche Armenunterstützung hoffen. Auch die Militärversicherung und die Unfallversicherung sowie die vielen Pensionskassen hatten nur eine begrenzte soziale Reichweite und boten nur wenig Schutz im Invaliditätsfall. Bis 1950 existierte nur im Kanton Glarus eine Invalidenversicherung mit allgemeiner Versicherungspflicht.

Warum die IV im internationalen Vergleich so spät eingeführt wurde, legt Virgine Frachebourd im ersten Teil (Kapitel 1 und 3) ihrer Arbeit kenntnisreich dar. Frachebourd nennt eine Reihe von Gründen, welche die verzögerte Sozialstaatsentwicklung erklären. Zu Recht misst sie dem stark bürgerlich geprägten und finanzrestriktiven politischen Milieu der Zwischenkriegszeit, das generell wenig Interesse am Auf- und Ausbau eines umfassenden Systems sozialer Sicherheit bekundete, grosse Bedeutung zu. Sowohl die bürgerlichen Parteien als auch der bis 1943 ausschliesslich aus bürgerlichen Politikern bestehende Bundesrat favorisierten eine dezentrale Lösung: Statt einer als Sozialversicherung konzipierten zentralstaatlichen Einrichtung, wie sie seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung und linken Parteien gefordert wurde, unterstützten sie private Heime für Menschen mit Behinderungen und Hilfsorganisationen mit Subventionen. Hinzu kam, dass sie die Einführung anderer Sozialversicherungszweige priorisierten, allen voran die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). Weiter erhielt das Projekt einer IV auch von gemeinnützigen Organisationen wenig Unterstützung. Auch die 1920